

Landgericht Hamburg

Zivilkammer 15

62  
Sievekingplatz 1  
20355 Hamburg  
Telefon: 040/ 42843 2701  
Telefax: 040/ 42843 3935  
fristwahrendes Telefax:  
040/ 42843 4318 o. -19

315 O 569/02

B E S C H L U S S

vom 28.3.2003

In der Sache

1)

[REDACTED]

2)

[REDACTED]

- Gläubiger -

Prozessbevollmächtigter

[REDACTED]

gegen

[REDACTED]

- Schuldnerin -

Prozessbevollmächtigte

[REDACTED]

beschließt das Landgericht Hamburg, Zivilkammer 15 durch

den Vorsitzenden Richter am Landgericht [REDACTED]

den Richter am Landgericht [REDACTED]

die Richterin [REDACTED]

- I. Gegen die Schuldnerin wird wegen Verstoßes gegen die einstweilige Verfügung der Kammer vom 17.10.2002 ein Ordnungsgeld in Höhe von € 1.000,00 festgesetzt.

Für den Fall, dass das Ordnungsgeld nicht beigetrieben werden kann, tritt an die Stelle von je € 250,00 Ordnungsgeld ein Tag Ordnungshaft.

- II. Die Schuldnerin trägt die Kosten des Verfahrens nach einem Streitwert von € 4.000,00.

### G r ü n d e

Gegen die Schuldnerin ist auf Antrag der Gläubiger das tenorierte Ordnungsgeld festzusetzen. Die Schuldnerin hat schuldhaft gegen das gerichtliche Verbot der einstweiligen Verfügung der Kammer vom 17.10. 2002 verstoßen.

Mit einstweiliger Verfügung der Kammer vom 17.10.2002 war der Schuldnerin verboten worden,

im geschäftlichen Verkehr mit Wein die Bezeichnung „weinlust“ in allen Schreibweisen zu benutzen, insbesondere unter der Bezeichnung „weinlust“ Veranstaltungen von Weinhändlern oder/und Restaurants durchzuführen oder/und zu bewerben oder/und unter der Bezeichnung „weinlust“ Weine zu versteigern oder/und versteigern zu lassen.

Die Verbotsverfügung war der Schuldnerin am 22.10. 2002 zugestellt worden.

- I. Gegen dieses Verbot hat die Schuldnerin verstoßen. Sie hat die Werbung mit der Bezeichnung „weinlust“ für die Veranstaltung „Wein mit Lust“ vom 21. Oktober bis zum 03. November 2002 nicht vollständig beseitigt.

Dabei kann dahin stehen, ob die Kennzeichnung „[www.rheinlust.de/projekte\\_weinlust.html](http://www.rheinlust.de/projekte_weinlust.html)“ bereits einen Verstoß gegen das Verbot darstellt und ob noch am 26.10.2002 Plakate mit der Bezeichnung „weinlust“ in Düsseldorf hingen bzw. ob die Schuldnerin insoweit exkulpiert war (Organisationsverschulden, vgl. Baumbach/Hefermehl, 22. Aufl., Einl. UWG Rn. 587). Denn jedenfalls hatte die Schuldnerin – unstreitig – die Unterseite ihres Internet-Auftritts ge-

mäß Anlage G5 am 23.10.2002 nicht gelöscht. Die Schuldnerin trägt selbst vor, dass sie nur den Link von ihrer Hauptseite zu dieser Unterseite entfernt hat, nachdem es ihr nicht gelungen war, die Bezeichnung „weinlust“ von der Seite zu entfernen. Die Entfernung des Links ist jedoch nicht ausreichend. Denn die Seite war auch nach Entfernung des Links noch im Internet verfügbar und auffindbar. So legt die Schuldnerin die Anlage S 1 vor, aus der hervorgeht, dass „Google“ – als Beispiel für eine von vielen Suchmaschinen – Seiten anzeigt, wenn der Suchbegriff entweder im Text der Seite oder in den Links, die auf die Seite verweisen, enthalten ist. Der Begriff „weinlust“ war am 23.10.2002 unstreitig noch auf der Seite gemäß Anlage G 5 enthalten. Darüber hinaus ist eine Internetseite – unabhängig von Suchmaschinen – bis zu ihrer Löschung auch weiterhin für die Internetnutzer auffindbar, die sie bei einem früheren Besuch mit einem „bookmark“ versehen haben und den Link über die Hauptseite der Schuldnerin daher zum Auffinden der Seite nicht mehr benötigen.

Die Schuldnerin hat schuldhaft gehandelt. Ihr ist zumindest Fahrlässigkeit vorzuwerfen.

II. Gegen die Schuldnerin ist demnach ein angemessenes und erforderliches Ordnungsgeld festzusetzen. Die Kammer hält ein solches von € 1.000,00 für angemessen. Das Ordnungsgeld muss eine für die Schuldnerin fühlbare Höhe haben, damit das Verbot zukünftig beachtet wird. Andererseits wird gegen die Schuldnerin aus dem Verbot erstmalig ein Ordnungsgeld verhängt, so dass die Kammer schon deshalb davon ausgeht, es bei diesem Ordnungsgeld belassen zu können, in der Erwartung, dass sich die Schuldnerin zukünftig an das Verbot hält. Die unvollständige Beseitigung der Werbung mit der Bezeichnung „weinlust“ stellt einen einheitlichen Verstoß da, so dass es auch für die Höhe des Ordnungsgeldes nicht darauf ankommt, ob die Bezeichnung einer Internetseite mit „www.rheinlust.de/projekte\_weinlust.html“ für sich betrachtet einen Verstoß gegen das Verbot darstellt bzw. ob am 26.10.2002 noch Plakate mit der Bezeichnung „weinlust“ in Düsseldorf aushingen.

III. Die Kostenentscheidung beruht auf § 788 Abs. 1 ZPO, die Anordnung der Ersatzordnungshaft beruht auf § 890 ZPO.



Landgericht Hamburg

Zivilkammer 15

Sievekingplatz 1  
20355 Hamburg  
Telefon: 040/ 42843 2701  
Telefax: 040/ 42843 3935  
fristwahrendes Telefax:  
040/ 42843 4318 o. -19

315 O 569/02

B E S C H L U S S

vom 28.3.2003

In der Sache

1)

[REDACTED]

2)

[REDACTED]

- Gläubiger -

Prozessbevollmächtigter

[REDACTED]

gegen

[REDACTED]

- Schuldnerin -

Prozessbevollmächtigte

[REDACTED]

beschließt das Landgericht Hamburg, Zivilkammer 15 durch

den Vorsitzenden Richter am Landgericht [REDACTED]

den Richter am Landgericht [REDACTED]

die Richterin [REDACTED]

- I. Gegen die Schuldnerin wird wegen Verstoßes gegen die einstweilige Verfügung der Kammer vom 17.10.2002 ein Ordnungsgeld in Höhe von € 1.000,00 festgesetzt.

Für den Fall, dass das Ordnungsgeld nicht beigetrieben werden kann, tritt an die Stelle von je € 250,00 Ordnungsgeld ein Tag Ordnungshaft.

- II. Die Schuldnerin trägt die Kosten des Verfahrens nach einem Streitwert von € 4.000,00.

### G r ü n d e

Gegen die Schuldnerin ist auf Antrag der Gläubiger das tenorierte Ordnungsgeld festzusetzen. Die Schuldnerin hat schuldhaft gegen das gerichtliche Verbot der einstweiligen Verfügung der Kammer vom 17.10. 2002 verstoßen.

Mit einstweiliger Verfügung der Kammer vom 17.10.2002 war der Schuldnerin verboten worden,

im geschäftlichen Verkehr mit Wein die Bezeichnung „weinlust“ in allen Schreibweisen zu benutzen, insbesondere unter der Bezeichnung „weinlust“ Veranstaltungen von Weinhändlern oder/und Restaurants durchzuführen oder/und zu bewerben oder/und unter der Bezeichnung „weinlust“ Weine zu versteigern oder/und versteigern zu lassen.

Die Verbotsverfügung war der Schuldnerin am 22.10. 2002 zugestellt worden.

- I. Gegen dieses Verbot hat die Schuldnerin verstoßen. Sie hat die Werbung mit der Bezeichnung „weinlust“ für die Veranstaltung „Wein mit Lust“ vom 21. Oktober bis zum 03. November 2002 nicht vollständig beseitigt.

Dabei kann dahin stehen, ob die Kennzeichnung „[www.rheinlust.de/projekte\\_weinlust.html](http://www.rheinlust.de/projekte_weinlust.html)“ bereits einen Verstoß gegen das Verbot darstellt und ob noch am 26.10.2002 Plakate mit der Bezeichnung „weinlust“ in Düsseldorf hingen bzw. ob die Schuldnerin insoweit exkulpiert war (Organisationsverschulden, vgl. Baumbach/Hefermehl, 22. Aufl., Einl. UWG Rn. 587). Denn jedenfalls hatte die Schuldnerin – unstreitig – die Unterseite ihres Internet-Auftritts ge-

mäß Anlage G5 am 23.10.2002 nicht gelöscht. Die Schuldnerin trägt selbst vor, dass sie nur den Link von ihrer Hauptseite zu dieser Unterseite entfernt hat, nachdem es ihr nicht gelungen war, die Bezeichnung „weinlust“ von der Seite zu entfernen. Die Entfernung des Links ist jedoch nicht ausreichend. Denn die Seite war auch nach Entfernung des Links noch im Internet verfügbar und auffindbar. So legt die Schuldnerin die Anlage S 1 vor, aus der hervorgeht, dass „Google“ – als Beispiel für eine von vielen Suchmaschinen – Seiten anzeigt, wenn der Suchbegriff entweder im Text der Seite oder in den Links, die auf die Seite verweisen, enthalten ist. Der Begriff „weinlust“ war am 23.10.2002 unstreitig noch auf der Seite gemäß Anlage G 5 enthalten. Darüber hinaus ist eine Internetseite – unabhängig von Suchmaschinen – bis zu ihrer Löschung auch weiterhin für die Internetnutzer auffindbar, die sie bei einem früheren Besuch mit einem „bookmark“ versehen haben und den Link über die Hauptseite der Schuldnerin daher zum Auffinden der Seite nicht mehr benötigen.

Die Schuldnerin hat schuldhaft gehandelt. Ihr ist zumindest Fahrlässigkeit vorzuwerfen.

II. Gegen die Schuldnerin ist demnach ein angemessenes und erforderliches Ordnungsgeld festzusetzen. Die Kammer hält ein solches von € 1.000,00 für angemessen. Das Ordnungsgeld muss eine für die Schuldnerin fühlbare Höhe haben, damit das Verbot zukünftig beachtet wird. Andererseits wird gegen die Schuldnerin aus dem Verbot erstmalig ein Ordnungsgeld verhängt, so dass die Kammer schon deshalb davon ausgeht, es bei diesem Ordnungsgeld belassen zu können, in der Erwartung, dass sich die Schuldnerin zukünftig an das Verbot hält. Die unvollständige Beseitigung der Werbung mit der Bezeichnung „weinlust“ stellt einen einheitlichen Verstoß da, so dass es auch für die Höhe des Ordnungsgeldes nicht darauf ankommt, ob die Bezeichnung einer Internetseite mit „www.rheinlust.de/projekte\_weinlust.html“ für sich betrachtet einen Verstoß gegen das Verbot darstellt bzw. ob am 26.10.2002 noch Plakate mit der Bezeichnung „weinlust“ in Düsseldorf aushingen.

III. Die Kostenentscheidung beruht auf § 788 Abs. 1 ZPO, die Anordnung der Ersatzordnungshaft beruht auf § 890 ZPO.



Landgericht Hamburg

Zivilkammer 15

Sievekingplatz 1  
20355 Hamburg  
Telefon: 040/ 42843 2701  
Telefax: 040/ 42843 3935  
fristwahrendes Telefax:  
040/ 42843 4318 o. -19

315 O 569/02

B E S C H L U S S

vom 28.3.2003

In der Sache

1)

[REDACTED]

2)

[REDACTED]

- Gläubiger -

Prozessbevollmächtigter

[REDACTED]

gegen

[REDACTED]

- Schuldnerin -

Prozessbevollmächtigte

[REDACTED]

beschließt das Landgericht Hamburg, Zivilkammer 15 durch

den Vorsitzenden Richter am Landgericht [REDACTED]

den Richter am Landgericht [REDACTED]

die Richterin [REDACTED]

- I. Gegen die Schuldnerin wird wegen Verstoßes gegen die einstweilige Verfügung der Kammer vom 17.10.2002 ein Ordnungsgeld in Höhe von € 1.000,00 festgesetzt.

Für den Fall, dass das Ordnungsgeld nicht beigetrieben werden kann, tritt an die Stelle von je € 250,00 Ordnungsgeld ein Tag Ordnungshaft.

- II. Die Schuldnerin trägt die Kosten des Verfahrens nach einem Streitwert von € 4.000,00.

### G r ü n d e

Gegen die Schuldnerin ist auf Antrag der Gläubiger das tenorierte Ordnungsgeld festzusetzen. Die Schuldnerin hat schuldhaft gegen das gerichtliche Verbot der einstweiligen Verfügung der Kammer vom 17.10. 2002 verstoßen.

Mit einstweiliger Verfügung der Kammer vom 17.10.2002 war der Schuldnerin verboten worden,

im geschäftlichen Verkehr mit Wein die Bezeichnung „weinlust“ in allen Schreibweisen zu benutzen, insbesondere unter der Bezeichnung „weinlust“ Veranstaltungen von Weinhändlern oder/und Restaurants durchzuführen oder/und zu bewerben oder/und unter der Bezeichnung „weinlust“ Weine zu versteigern oder/und versteigern zu lassen.

Die Verbotsverfügung war der Schuldnerin am 22.10. 2002 zugestellt worden.

- I. Gegen dieses Verbot hat die Schuldnerin verstoßen. Sie hat die Werbung mit der Bezeichnung „weinlust“ für die Veranstaltung „Wein mit Lust“ vom 21. Oktober bis zum 03. November 2002 nicht vollständig beseitigt.

Dabei kann dahin stehen, ob die Kennzeichnung „[www.rheinlust.de/projekte\\_weinlust.html](http://www.rheinlust.de/projekte_weinlust.html)“ bereits einen Verstoß gegen das Verbot darstellt und ob noch am 26.10.2002 Plakate mit der Bezeichnung „weinlust“ in Düsseldorf hingen bzw. ob die Schuldnerin insoweit exkulpiert war (Organisationsverschulden, vgl. Baumbach/Hefermehl, 22. Aufl., Einl. UWG Rn. 587). Denn jedenfalls hatte die Schuldnerin – unstreitig – die Unterseite ihres Internet-Auftritts ge-



mäß Anlage G5 am 23.10.2002 nicht gelöscht. Die Schuldnerin trägt selbst vor, dass sie nur den Link von ihrer Hauptseite zu dieser Unterseite entfernt hat, nachdem es ihr nicht gelungen war, die Bezeichnung „weinlust“ von der Seite zu entfernen. Die Entfernung des Links ist jedoch nicht ausreichend. Denn die Seite war auch nach Entfernung des Links noch im Internet verfügbar und auffindbar. So legt die Schuldnerin die Anlage S 1 vor, aus der hervorgeht, dass „Google“ – als Beispiel für eine von vielen Suchmaschinen – Seiten anzeigt, wenn der Suchbegriff entweder im Text der Seite oder in den Links, die auf die Seite verweisen, enthalten ist. Der Begriff „weinlust“ war am 23.10.2002 unstreitig noch auf der Seite gemäß Anlage G 5 enthalten. Darüber hinaus ist eine Internetseite – unabhängig von Suchmaschinen – bis zu ihrer Löschung auch weiterhin für die Internetnutzer auffindbar, die sie bei einem früheren Besuch mit einem „bookmark“ versehen haben und den Link über die Hauptseite der Schuldnerin daher zum Auffinden der Seite nicht mehr benötigen.

Die Schuldnerin hat schuldhaft gehandelt. Ihr ist zumindest Fahrlässigkeit vorzuwerfen.

II. Gegen die Schuldnerin ist demnach ein angemessenes und erforderliches Ordnungsgeld festzusetzen. Die Kammer hält ein solches von € 1.000,00 für angemessen. Das Ordnungsgeld muss eine für die Schuldnerin fühlbare Höhe haben, damit das Verbot zukünftig beachtet wird. Andererseits wird gegen die Schuldnerin aus dem Verbot erstmalig ein Ordnungsgeld verhängt, so dass die Kammer schon deshalb davon ausgeht, es bei diesem Ordnungsgeld belassen zu können, in der Erwartung, dass sich die Schuldnerin zukünftig an das Verbot hält. Die unvollständige Beseitigung der Werbung mit der Bezeichnung „weinlust“ stellt einen einheitlichen Verstoß da, so dass es auch für die Höhe des Ordnungsgeldes nicht darauf ankommt, ob die Bezeichnung einer Internetseite mit „www.rheinlust.de/projekte\_weinlust.html“ für sich betrachtet einen Verstoß gegen das Verbot darstellt bzw. ob am 26.10.2002 noch Plakate mit der Bezeichnung „weinlust“ in Düsseldorf aushingen.

III. Die Kostenentscheidung beruht auf § 788 Abs. 1 ZPO, die Anordnung der Ersatzordnungshaft beruht auf § 890 ZPO.



Landgericht Hamburg

Zivilkammer 15

Sievekingplatz 1  
20355 Hamburg  
Telefon: 040/ 42843 2701  
Telefax: 040/ 42843 3935  
fristwahrendes Telefax:  
040/ 42843 4318 o. -19

315 O 569/02

B E S C H L U S S

vom 28.3.2003

In der Sache

1)

[REDACTED]

2)

[REDACTED]

- Gläubiger -

Prozessbevollmächtigter

[REDACTED]

gegen

[REDACTED]

- Schuldnerin -

Prozessbevollmächtigte

[REDACTED]

beschließt das Landgericht Hamburg, Zivilkammer 15 durch

den Vorsitzenden Richter am Landgericht [REDACTED]

den Richter am Landgericht [REDACTED]

die Richterin [REDACTED]

- I. Gegen die Schuldnerin wird wegen Verstoßes gegen die einstweilige Verfügung der Kammer vom 17.10.2002 ein Ordnungsgeld in Höhe von € 1.000,00 festgesetzt.

Für den Fall, dass das Ordnungsgeld nicht beigetrieben werden kann, tritt an die Stelle von je € 250,00 Ordnungsgeld ein Tag Ordnungshaft.

- II. Die Schuldnerin trägt die Kosten des Verfahrens nach einem Streitwert von € 4.000,00.

### G r ü n d e

Gegen die Schuldnerin ist auf Antrag der Gläubiger das tenorierte Ordnungsgeld festzusetzen. Die Schuldnerin hat schuldhaft gegen das gerichtliche Verbot der einstweiligen Verfügung der Kammer vom 17.10. 2002 verstoßen.

Mit einstweiliger Verfügung der Kammer vom 17.10.2002 war der Schuldnerin verboten worden,

im geschäftlichen Verkehr mit Wein die Bezeichnung „weinlust“ in allen Schreibweisen zu benutzen, insbesondere unter der Bezeichnung „weinlust“ Veranstaltungen von Weinhändlern oder/und Restaurants durchzuführen oder/und zu bewerben oder/und unter der Bezeichnung „weinlust“ Weine zu versteigern oder/und versteigern zu lassen.

Die Verbotsverfügung war der Schuldnerin am 22.10. 2002 zugestellt worden.

- I. Gegen dieses Verbot hat die Schuldnerin verstoßen. Sie hat die Werbung mit der Bezeichnung „weinlust“ für die Veranstaltung „Wein mit Lust“ vom 21. Oktober bis zum 03. November 2002 nicht vollständig beseitigt.

Dabei kann dahin stehen, ob die Kennzeichnung „[www.rheinlust.de/projekte\\_weinlust.html](http://www.rheinlust.de/projekte_weinlust.html)“ bereits einen Verstoß gegen das Verbot darstellt und ob noch am 26.10.2002 Plakate mit der Bezeichnung „weinlust“ in Düsseldorf hingen bzw. ob die Schuldnerin insoweit exkulpiert war (Organisationsverschulden, vgl. Baumbach/Hefermehl, 22. Aufl., Einl. UWG Rn. 587). Denn jedenfalls hatte die Schuldnerin – unstreitig – die Unterseite ihres Internet-Auftritts ge-

mäß Anlage G5 am 23.10.2002 nicht gelöscht. Die Schuldnerin trägt selbst vor, dass sie nur den Link von ihrer Hauptseite zu dieser Unterseite entfernt hat, nachdem es ihr nicht gelungen war, die Bezeichnung „weinlust“ von der Seite zu entfernen. Die Entfernung des Links ist jedoch nicht ausreichend. Denn die Seite war auch nach Entfernung des Links noch im Internet verfügbar und auffindbar. So legt die Schuldnerin die Anlage S 1 vor, aus der hervorgeht, dass „Google“ – als Beispiel für eine von vielen Suchmaschinen – Seiten anzeigt, wenn der Suchbegriff entweder im Text der Seite oder in den Links, die auf die Seite verweisen, enthalten ist. Der Begriff „weinlust“ war am 23.10.2002 unstreitig noch auf der Seite gemäß Anlage G 5 enthalten. Darüber hinaus ist eine Internetseite – unabhängig von Suchmaschinen – bis zu ihrer Löschung auch weiterhin für die Internetnutzer auffindbar, die sie bei einem früheren Besuch mit einem „bookmark“ versehen haben und den Link über die Hauptseite der Schuldnerin daher zum Auffinden der Seite nicht mehr benötigen.

Die Schuldnerin hat schuldhaft gehandelt. Ihr ist zumindest Fahrlässigkeit vorzuwerfen.

II. Gegen die Schuldnerin ist demnach ein angemessenes und erforderliches Ordnungsgeld festzusetzen. Die Kammer hält ein solches von € 1.000,00 für angemessen. Das Ordnungsgeld muss eine für die Schuldnerin fühlbare Höhe haben, damit das Verbot zukünftig beachtet wird. Andererseits wird gegen die Schuldnerin aus dem Verbot erstmalig ein Ordnungsgeld verhängt, so dass die Kammer schon deshalb davon ausgeht, es bei diesem Ordnungsgeld belassen zu können, in der Erwartung, dass sich die Schuldnerin zukünftig an das Verbot hält. Die unvollständige Beseitigung der Werbung mit der Bezeichnung „weinlust“ stellt einen einheitlichen Verstoß da, so dass es auch für die Höhe des Ordnungsgeldes nicht darauf ankommt, ob die Bezeichnung einer Internetseite mit „www.rheinlust.de/projekte\_weinlust.html“ für sich betrachtet einen Verstoß gegen das Verbot darstellt bzw. ob am 26.10.2002 noch Plakate mit der Bezeichnung „weinlust“ in Düsseldorf aushingen.

III. Die Kostenentscheidung beruht auf § 788 Abs. 1 ZPO, die Anordnung der Ersatzordnungshaft beruht auf § 890 ZPO.

